



Ausschuss für Kultur und Medien

40. Sitzung (öffentlich)

26. Februar 2015

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 15:25 Uhr

Vorsitz: Karl Schultheis (SPD)

Protokoll: Iris Staubermann

Verhandlungspunkt:

Beitrag zu Vielfalt und Qualität im Journalismus leisten – Gemein- nützigkeit von Journalismus anerkennen 3

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/6130

– Öffentliche Anhörung von Sachverständigen

Der Ausschuss hört die der folgenden Tabelle zu entnehmenden Sachverständigen an.

Organisationen/Verbände	Sachverständige	Stellungnahmen	Seiten
Brost-Stiftung	Thomas Hüser	16/2600	4, 18
CORRECTIV – Recherchen für die Gesellschaft gGmbH	David Schraven	16/2584	5, 20, 23, 26, 29
Zeitungsverlegerverband Nordrhein-Westfalen e. V.	Carsten Dicks	16/2603	6, 23
FORMATT-Institut	Horst Röper	16/2601	7, 24
netzwerk recherche e. V.	Günter Bartsch	16/2610	8, 26
Deutscher Journalisten-Verband NRW	Dr. Anja Zimmer		10, 27

Weitere Stellungnahmen	
Prof. Dr. Hüttemann, Universität Bonn, Institut für Steuerrecht	16/2602
Deutsche Journalistinnen- und Journalisten-Union (nachträglich eingereicht am 06.03.2015)	16/2656

* * *

Vorsitzender Karl Schultheis: Meine Damen und Herren! Ich darf Sie sehr herzlich zur öffentlichen Anhörung des Ausschusses für Kultur und Medien begrüßen. Es ist unsere 40. Sitzung. Ich begrüße ganz besonders die Kolleginnen und Kollegen des Ausschusses, die geladenen Sachverständigen, die Zuhörerinnen und Zuhörer, die Vertreterinnen und Vertreter der Medien und die Vertreter der Landesregierung. Letztere müssen bei Anhörungen nicht anwesend sein. Insofern wird dem Ausschuss eine hohe Wertschätzung entgegengebracht, indem die Landesregierung anwesend ist. Das ist umso bedeutsamer als Herr Staatssekretär Dr. Marc Eumann heute Geburtstag hat.

(Beifall)

Er hat die heutige Anhörung in seinen heutigen Festtag mit eingebaut. Dafür ein herzliches Dankeschön.

Gegenstand der heutigen Anhörung ist der Antrag der Fraktion der FDP

Beitrag zu Vielfalt und Qualität im Journalismus leisten – Gemeinnützigkeit von Journalismus anerkennen

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/6130

Dieser Antrag der FDP-Fraktion wurde am 2. Juli 2014 durch das Plenum zur alleinigen Beratung an den Ausschuss für Kultur und Medien überwiesen. Der Ausschuss hat beschlossen, eine öffentliche Anhörung durchzuführen. Dieser Beschluss wurde am 27. November 2014 gefasst.

Ich begrüße nochmals ganz herzlich die erschienenen Sachverständigen. Einige Kolleginnen und Kollegen aus diesem Kreis mussten absagen. Aber wir haben heute eine recht interessante Zusammensetzung der Sachverständigen.

Die Namen der Anwesenden sind mit einem Hinweis auf ihre jeweiligen Stellungnahmen in einem Tableau ausgedruckt. Es liegt für alle am Eingang aus. Ich bedanke mich auch für die schriftlich eingereichten Stellungnahmen noch einmal ganz herzlich. Das ist eine Arbeitserleichterung. Eine Stellungnahme ist zugesagt, liegt aber noch nicht vor. Die verfügbaren Stellungnahmen liegen im Eingangsbereich aus.

Zunächst haben die Sachverständigen Gelegenheit, über ihre schriftliche Stellungnahme hinaus ein Statement abzugeben. Es sollte möglichst einen Umfang von drei Minuten nicht überschreiten. In dem Statement können Sie die wichtigsten Punkte und Argumente darlegen, die Sie ansprechen möchten. Sie dürfen im Übrigen unterstellen, dass die Kolleginnen und Kollegen des Ausschusses die schriftlichen Stellungnahmen gelesen haben.

Ich werde die Sachverständigen in der Reihenfolge aufrufen, die im Tableau ausgewiesen ist. Im Anschluss an diese erste Runde folgt eine Fragerunde der Abgeordneten. Ich bitte die Kolleginnen und Kollegen, die Fragen konkret an eine oder einen Sachverständige(n) zu richten, damit wir strukturiert vorgehen können.

In der Antwortrunde können Sie jeweils gebündelt auf diese Fragen antworten. Ich bitte Sie, bei den Wortmeldungen jeweils das Tischmikrofon zu nutzen.

Meine Damen und Herren, wir kommen zum ersten Sachverständigen. Ich rufe Herrn Thomas Hüser auf, der in Vertretung von Herrn Prof. Bodo Hombach für die Brost-Stiftung anwesend ist. Herr Prof. Hombach ist erkrankt. Wir wünschen ihm gute Genesung. Herr Hüser, ich bitte Sie, dies zu übermitteln. – Sie haben das Wort.

Thomas Hüser (Brost-Stiftung): Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Die Essener Brost-Stiftung ist aus dem Verlagshaus Brost entstanden. Sie betätigt sich in den Stiftungszwecken Kunst und Kultur und sieht dabei den aufklärerischen Journalisten bereits jetzt als Teil einer kulturellen Förderung im Sinne einer Medienkultur.

Die kulturelle Förderung der Brost-Stiftung ist mit dem Online- und sich in anderen Verbreitungsmöglichkeiten betätigenden Journalistenportal CORRECT!V tätig. Es ist die erste Förderung im Rahmen einer Medienkultur dieser Art, die mir in Deutschland bisher bekannt ist. Es geht unter verschiedenen Gesichtspunkten um die Förderung des demokratischen Staatswesens. Aus unserer Sicht ist der aufklärerische Journalismus unserer demokratischen Kultur, unserer Medienkultur und damit auch unserer identitätsstiftenden Kultur als Ganzes zu verstehen.

Unserer Ansicht nach ist die Medienkultur per se förderungswürdig. Wir sehen es aber als empfehlenswert an, die entsprechenden Paragraphen – ich bin kein Jurist – gegebenenfalls zu ergänzen oder zumindest die Anwendungsbestimmungen der Finanzbehörden zur Klarstellung weiterzuentwickeln.

Wir haben mit diesem Projekt in sehr kurzer Zeit sehr gute Erfahrungen gemacht. Das möchte ich kurz skizzieren. Es sind Recherchen ermöglicht worden, die durch die klassisch finanzierte Journalistenform in dieser Aufwendigkeit nur schwierig zu realisieren und zu finanzieren gewesen wären. Wir konnten so zu einer qualitativen Entwicklung der Medien beitragen.

Es ist keine systemische Konkurrenz zu erkennen, da unsere CORRECT!V-Kollegen mit den kommerziellen Medien eng kooperieren und es so zu einer Aufgabenteilung kommt.

Wir haben im Vorfeld dieses Engagements sehr intensiv ausländische Modelle wie zum Beispiel ProPublica in den USA begutachtet und gesehen. Wir haben festgestellt, die Zielrichtung des Journalismus in den Vereinigten Staaten funktioniert auf eine ganz bestimmte Art anders als bei uns. Die amerikanischen stiftungsfinanzierten Medienportale zielen auf Impact, also auf gesellschaftliche Wirkung. Sie setzen darauf, dass gesellschaftspolitische Veränderungen zum Guten durch die transparente Form der Finanzierung und die transparente Darstellung der Ergebnisse angestoßen werden. Das war für uns ein gutes Beispiel, um zu sagen, wir probieren es in Deutschland auch und ermöglichen das CORRECT!V-Projekt. Unsere bisherigen Er-

fahrungen sind mehr als positiv. Wir denken, Projekte dieser Art sind deutschland- und europaweit verfolgenswert. – Vielen Dank.

Vorsitzender Karl Schultheis: Vielen Dank, Herr Hüser. – Auch wir wollen immer das Gute, wenn es um Impact geht. Insofern haben wir eine Linie. – Ich rufe David Schraven für CORRECT!V – Recherchen für die Gesellschaft gGmbH auf. Für CORRECT!V ist ebenfalls Herr Christian Humborg anwesend.

David Schraven (CORRECT!V – Recherchen für die Gesellschaft gGmbH): Vielen Dank dafür, dass ich hier sprechen darf. Ich möchte kurz sagen, warum ich mich für den gemeinnützigen Journalismus einsetze. Wir selbst brauchen es nicht mehr. Wir sind eine gemeinnützige GmbH und können unsere Projekte schon jetzt gemeinnützig abwickeln.

Ich beobachte in den letzten Jahren einen dramatischen Verfall, über den Sie wahrscheinlich schon tausendmal diskutiert haben. Bei der Suche nach Lösungswegen habe ich wenige Ideen gefunden, die funktionieren können. Mit dem gemeinnützigen Journalismus gibt es ein Modell, welches gerade im lokalen Rahmen funktionieren kann. Dazu möchte ich noch zwei oder drei Dinge sagen.

Projekte wie unsere funktionieren in einem größeren Rahmen leichter, weil die Aufmerksamkeit größer ist. Wir können Projekte national bearbeiten und sie lokal herunterbrechen, damit Lokalzeitungen damit arbeiten können. Wir haben das gemacht als es um Spenden ging, die von Gerichten verteilt werden. Wir haben eine große Geschichte gemacht, die 80- oder 90-mal von Lokalmedien aufgegriffen wurde – von Zeitungen, von Blogs und allen möglichen. Dabei haben wir gelernt, es ist möglich, Lokalprojekte zu starten. Lokal können sich Initiativen oder Medienvereine gründen, die eigene spendenorientierte Projekte starten. Dummerweise werden die Projekte nicht als gemeinnützig anerkannt. Es gibt keine Rechtssicherheit für diese Projekte. Wir erleben, dass diese Projekte scheitern. Günter Bartsch von netzwerk recherche e. V. hat einige dieser Projekte zusammengestellt, damit Sie von zweien oder dreien einmal hören.

Der gemeinnützige Journalismus ist vor allen Dingen für die Öffentlichkeit vor Ort sehr wichtig, wenn die Zeitungen nicht mehr arbeiten können, weil es dort keine Märkte mehr gibt. Das ist so ähnlich wie der Immobilienmarkt in Duisburg-Nord. Dort gibt es keinen Immobilienmarkt mehr. Dort gibt es nur Häuser. Wenn man einen findet, der dumm genug ist, ein solches Haus zu kaufen, hat man ein Geschäft gemacht. Dann hat man einen Immobilienwert.

Wir haben in Deutschland in etlichen Bereichen Orte, in denen es keinen Journalismus in den traditionellen Wegen mehr gibt, weil keine Finanzierung mehr existiert. In diesen Orten haben wir Lücken, die eventuell aufgefüllt werden könnten, wenn sich gemeinnützige Organisationen finden: wenn sich Medienvereine bilden, die Spenden einsammeln und einen lokalen Journalisten beschäftigen. – Wenn in einem Ort keine Aufklärung mehr stattfindet und ich 100 Leute habe, die bereit sind, jeweils 50 € zu geben, habe ich schon 5 000 €, mit denen ich vor Ort etwas machen kann.

Gleichzeitig glaube ich, das ist eine wichtige Alternative gegen irgendwie geartete Staatssteuerung, gegen aktiv gesteuerte Medienpolitik, wie es in einer Stellungnahme hieß. Das fand ich spannend. Das ist sehr gut formuliert. Ich sehe das sehr ähnlich. Wenn man diese Staatssteuerung nicht möchte, weil die Unabhängigkeit in der Berichterstattung vor Ort verdammt wichtig ist, wenn man keine Rathausberichterstattung möchte, die aus dem Rathaus heraus finanziert wird, muss man alternative Finanzierungsformen ermöglichen. Es gibt nicht viel, was man machen kann, wenn es selbstgesteuert sein soll. Diese Erleichterung durch den gemeinnützigen Journalismus wäre eine Möglichkeit.

Ich glaube, es ist nicht marktrelevant. Wo gute Angebote existieren und wir eine lebendige Zeitungslandschaft haben, wo wir eine ausreichende Berichterstattung haben, werden sich solche Angebote nicht entwickeln können. Kein Mensch wird losgehen und sagen: Ich spende für einen solchen Verein. – Wenn es keinen Bedarf gibt, wird niemand spenden. Das ist relativ einfach zu klären. Zeitungen sind in einigen Städten noch sehr stark. Dort wird sich nichts entwickeln. Fertig.

Das nächste ist eine wichtige Sichtweise, die man sehr leicht aus dem Blick verliert. In der Medienbranche gehen Tausende von Jobs verloren. Wenn mich das betreffen würde, wäre das nicht so wild. Ich würde mir einen neuen Job suchen. Ich bekomme einen neuen Job und muss mir keine Sorgen machen. Ich bekomme meine Rente früher oder später irgendwo durch. Aber was ist mit den Kollegen, die irgendwo eine Lokalzeitung gemacht haben? Die haben keine Chance. Sie können nicht einfach sagen: Dann gehe ich in eine andere Stadt oder in ein anderes Land. – Das sind die Leute, die am Ende übrigbleiben. Für diese Leute muss man sich ein Modell überlegen, wie sie eine Zukunftschance bekommen können.

Wenn die Leute in den Städten ihre Öffentlichkeit verlieren und dann eine Chance bekommen, geförderte Medienvereine aufzubauen, haben die Leute einen Job und die Öffentlichkeit hat wieder einen kritischen Journalisten und zwar einen, der sich vor Ort auskennt. Dann sind wir von dem Argument weg, es seien irgendwelche Blogger, die Unsinn bloggen. Das stimmt nicht. Das sind professionelle und sehr erfahrene Leute. Wir haben solche Leute. Sie sind unheimlich engagiert. Sie strengen sich an und machen etwas. Aber was ist mit deren Geschäftsmodell? Das Geschäftsmodell ist nicht so toll. Es können nicht so viele Leute davon leben. Wenn man den Leuten eine Chance geben würde, sich selbst vernünftig durch Spenden zu finanzieren, hätten sie eine Chance. Solche Modelle gibt es haufenweise. Es gab Kollegen in Mettmann, die das mit einer harten Paywall versuchen. Ich bin sehr dafür. Ich hoffe, Sie unterstützen das alle. Es gibt nichts Böses, sondern nur Gutes.

Carsten Dicks (Zeitungsverlegerverband Nordrhein-Westfalen e. V.): Sehr geehrte Abgeordnete! Ich möchte mich ausdrücklich für die Möglichkeit der Stellungnahme in diesem Ausschuss bedanken und zwar auch im Namen von Herrn DuMont Schütte, der heute leider in dieser Runde nicht hier sein kann. Er nimmt an einer Gremiensitzung in Berlin teil, die man leider nicht verschieben konnte.

Wie wir in unserer Stellungnahme deutlich gemacht haben, begrüßt der ZV NRW, dass sich Landespolitik mit der Finanzierung und den wirtschaftlichen Rahmenbedin-

gungen von Journalismus beschäftigt. In der in erster Linie fachöffentlichen Diskussion über Finanzierungsalternativen kann der FDP-Antrag sicherlich einen Beitrag zur Unterstützung von Qualitätsjournalismus leisten.

Positiv hervorzuheben ist, ein spendenfinanziertes Modell schafft keine Abhängigkeiten von staatlichen Zuwendungen in jedweder Form. Herr Schraven hat es gerade gesagt. Damit ist Staatsfreiheit von Presse garantiert. Dafür haben wir uns in der Diskussion um die „Stiftung Partizipation und Vielfalt“ immer stark gemacht. Die Gefahr von spendenfinanzierten Modellen besteht allerdings darin, dass dieser Journalismus in die Einflussnahme seiner Spender gerät. Nicht jeder hat das Glück, eine Brost-Stiftung an seiner Seite zu haben. Das wäre sicherzustellen, wenn man eine solche Form von Journalismus mit Steuerprivilegien sieht.

Ich bin als Vertreter von Medienunternehmen geladen worden, deren Kerngeschäft unabhängiger Qualitätsjournalismus auf privatwirtschaftlicher Grundlage ist. Als solcher ist es mir wichtig für ein Geschäftsmodell zu werben, welches die besten Voraussetzungen für unabhängigen und qualitativen Journalismus bietet; denn es ist über seine Leser und seine Werbekunden breit finanziert.

Was Zeitung macht, ist letztendlich das älteste und bislang erfolgreichste Modell der Crowd-Finanzierung. Wir arbeiten daran, dieses Modell trotz einiger – staatlicher – Bremsklötze, die wir in unserer Stellungnahme aufgezählt haben, auch in Zukunft erfolgreich weiterführen zu können. Wir wünschen uns von der Politik an dieser Stelle die Schaffung von Rahmenbedingungen, die es Verlagen erlauben, wirtschaftlich erfolgreich zu arbeiten. Man kann zum Beispiel über eine Absenkung von Mehrwertsteuersätzen beziehungsweise über die Ausdehnung von abgesenkten Steuersätzen auf die digitalen Produkte von Verlagen reden. Das ist ein großes Problem, welches den Häusern derzeit zu schaffen macht. Auch die Schaffung von fairen Wettbewerbsbedingungen zu Google und dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk sind Themen, denen sich die Politik widmen muss. Dafür werbe ich in diesem Rahmen ausdrücklich.

Eine kurze Anmerkung möchte ich nach der Lektüre der Stellungnahmen zur Differenzierung zwischen gemeinnützigem und gewinnorientiertem Journalismus machen. Ich halte dieses Gegeneinander für ein wenig unglücklich. Das Selbstverständnis der Presse war es in der Vergangenheit immer, eine Watch-stock-Funktion in der Gesellschaft auszuüben, der Politik und dem Staat auf die Finger zu schauen und in diesem Sinne auch als Wirtschaftsunternehmen gemeinnützig zu arbeiten. – Vielen Dank.

Horst Röper (FORMATT-Institut): Die Stellungnahme liegt Ihnen vor. Wir haben uns in der Stellungnahme ganz bewusst auf die lokal-journalistischen Aspekte gerade in Nordrhein-Westfalen konzentriert. Wir haben speziell in den letzten Jahren erlebt, dass diese Finanzierungsprobleme für den Journalismus ganz allgemein in der Lokalberichterstattung in Nordrhein-Westfalen bei den Zeitungen greifen. Ich bin etwas überrascht, dass Herr Dicks die Gemeinnützigkeit für die Verlagsunternehmen einfordert. Ich würde es nicht so verstehen.

Den gemeinnützigen Journalismus gegen den gewinnorientierten Journalismus abzugrenzen, kann ich nachvollziehen. Selbst bei privatwirtschaftlichen Unternehmen muss es kein gewinnorientierter Journalismus sein. Das Unternehmen ist gewinnorientiert. Das ist auch völlig okay. Das muss aber nicht gleichzeitig für die Journalisten gelten. Insofern vermag ich mit dieser Trennung nicht so viel anzufangen.

Zurück zum Kernpunkt. Die Finanzierung des Journalismus zeigt inzwischen gewaltige Schwächen. In Deutschland gilt das für viele Bereiche des Journalismus, ganz zentral aber für den Journalismus über Tageszeitungen, und zwar speziell im Lokalen. Dass sich Verleger mit ihren Blättern aus den lokalen Räumen zurückziehen, hat ökonomische Gründe. Das ist im Einzelfall manchmal nachvollziehbar. Aber das Resultat für die Gesellschaft ist, Journalismus findet zumindest in Teilen in diesen betroffenen Gegenden nicht mehr statt.

Das einzige Medium, das hier erkennbar mindestens mittelfristig eine Lücke füllen könnte, sind Online-Medien. Für diese Online-Medien fehlen aber die Finanzierungsgrundlagen. Der Werbemarkt gibt das derzeit nicht her. Wir haben solche Initiativen allerorten. Einige davon sind genannt worden. Solche Initiativen haben wir in Nordrhein-Westfalen schon seit mehreren Jahren. Nicht alle sind journalistisch hochgestellt. Das muss man eingestehen. Manches wäre auch verzichtbar. Viele dieser Initiativen mit lokalem Journalismus im Online-Bereich sind aber eine Bereicherung. Sie können diesen Journalismus jedoch nicht in der Form leisten, wie sie es eigentlich wollen, weil ihnen dazu die Finanzierungsgrundlage fehlt. Hier können solche Initiativen wie die vorliegende eine ganz entscheidende Wendung bringen. Deswegen bin ich sehr dafür, diese Finanzierungsmöglichkeiten zu nutzen, um Löcher zu stopfen, die sich in den letzten Jahren aufgetan haben und die sich speziell in Nordrhein-Westfalen weiter auf tun werden. Der Konzentrationsprozess ist nicht abgeschlossen. – Danke.

Günter Bartsch (netzwerk recherche e. V.): Ich fange damit an, kurz zu erklären, was netzwerk recherche e. V. ist. Man kann es dem Namen schon entnehmen. Wir setzen uns für Recherche ein und machen dies im Wesentlichen über Weiterbildungsveranstaltungen. Das heißt, wir sind anders als CORRECT!V nicht recherchierend tätig, wie man meinen könnte.

Für uns spielen diese rechtlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen eine ganz große Rolle. Deswegen bin ich sehr dankbar dafür, dass wir unsere Stellungnahme abgeben dürfen. Ich verweise im Wesentlichen auf meine vorliegende schriftliche Stellungnahme. Lassen Sie mir nur ein paar zentrale Aspekte anführen.

Wir alle beobachten die verheerenden Auswirkungen der Medienkrise gerade im Pressewesen. Wir sind bei netzwerk recherche trotzdem immer wieder ganz überrascht, auf unserer Jahreskonferenz solch innovative Formen vorstellen zu können. Kollegen lassen sich nicht entmutigen, sondern entwerfen ganz neue Formen von Online-Journalismus oder Daten-Journalismus, also die verschiedensten Projekte. Man merkt daran, es besteht auf jeden Fall der Wunsch, etwas zu machen.

Herr Hüser hat schon erwähnt, in den USA gab es diese Entwicklung, die wir auch beobachtet haben. Wir stehen in engem Kontakt zu den dortigen Kollegen. Einerseits haben wir die großen Schlachtschiffe wie *ProPublica* gesehen, andererseits aber auch die vielen kleinen Online-Blogs und Online-Lokalzeitungen, die ganz wichtige Arbeit leisten. Dies geschieht übrigens gar nicht immer in solch kleinen Regionen. Es geht manchmal um Stadtteile mit ein paar Hunderttausend Einwohnern. Es sind manchmal größere Bereiche als manche Regionalzeitung in Deutschland abdeckt.

Es kommt bei dem Vergleich mit den USA häufig der Einwand, dort gebe es eine ganz andere Stiftertradition. Da ist natürlich etwas dran. Man sieht aber an einigen Beispielen in Deutschland, offensichtlich gibt es viele Leute, die bereit sind, für Qualitätsjournalismus Geld zu spenden. Ich sage bewusst „spenden“. Natürlich gibt es weiterhin in großem Ausmaß Abonnenten. Aber es gibt eben auch die kleinen und großen Spender. Sie haben es wahrscheinlich verfolgt. Das Autorenkollektiv „Krautreporter“ hat es letztes Jahr geschafft, eine Million Euro zu sammeln. Die *Kontext-Wochenzeitung* aus Stuttgart ist ein Beispiel, welches schon seit Jahren regionalen und teilweise überregionalen Journalismus betreibt. Es strahlt als Beilage der Wochenendausgabe der *taz* aus. Dies wird in hohem Maße durch Mitgliedsbeiträge ihres Freundeskreises ermöglicht. Jetzt geben immer häufiger Stiftungen größere Summen wie die Brost-Stiftung. Die Rudolf Augstein Stiftung hat auch schon größere Summen gegeben. Die Schöpflin Stiftung ist jetzt als neuer Player eingestiegen. Bekanntermaßen basieren Projekte wie CORRECT!V genau auf solchen Stiftungen.

Es ist auch sonst einigen Projekten gelungen, die Gemeinnützigkeit zuerkannt zu bekommen. Ich habe das in meiner Stellungnahme ausgeführt. Es betrifft vor allem Fachbereiche wie Umwelt, Verbraucherschutz und so weiter. Da finden sich entsprechende gemeinnützige Zwecke in der Abgabenordnung. Das gelingt oftmals nur über Umwege, zum Beispiel darüber, dass die Organisation Weiterbildungen organisiert, also im Bereich Bildung gemeinnützig wird. Dadurch, dass wir das Thema durch eine Tagung und so weiter ein bisschen vorgebracht haben, haben sich bei uns viele gemeldet, bei denen es mit der Gemeinnützigkeit nicht geklappt hat.

Die zwei Beispiele in der Stellungnahme haben Sie gesehen. Es handelt sich dabei nicht zufällig um lokaljournalistische Projekte. Genau in diesem Bereich waren die Einschnitte besonders spürbar und wir waren alle der Meinung, dass etwas getan werden sollte. Der Bereich hat es besonders schwer, den Status der Gemeinnützigkeit zu erlangen. Es gibt keinen Zweck, keinen Passus in der Abgabenordnung, der gut passt. Nun kann man wahrscheinlich immer irgendwelche Umwege finden. Aber es ist lange nicht so einfach wie in anderen Bereichen. David Schraven hat es schon ausgeführt.

Hinzu kommt, momentan gibt es je nach Bundesland und manchmal sogar je nach Finanzamt unterschiedliche Auffassungen darüber, ob journalistische Recherche als gemeinnützig anerkannt werden kann. Manchmal geht es nur um Formulierungen. Wir als Netzwerk Recherche e. V. konnten das in gewisser Weise am eigenen Leibe erfahren. Netzwerk Recherche e. V. hat seinen Sitz vor ein paar Jahren von Hessen nach Berlin verlegt. Von den Finanzbehörden in Wiesbaden wurden wir bei der Gründung im Jahr 2001 als gemeinnützig anerkannt. Als wir umgezogen sind, hat

uns das Berliner Finanzamt mitgeteilt, dass wir in Berlin mit derselben Satzung niemals anerkannt worden wären. Zwar sei unsere Arbeit problemlos über den gemeinnützigen Zweck Bildung abgedeckt, weil wir Seminare abhalten und so weiter, aber in der Satzung aufgeführte Zwecke wie die Pflege des investigativen Journalismus – wir würden wahrscheinlich alle sagen, das ist eine feine Sache – seien nicht anerkennungsfähig. Damit ist die ganze Satzung nach dem Berliner Finanzamt nicht anerkennungsfähig. Wir mussten also Formulierungen verändern, damit der Verein überhaupt auf Dauer als gemeinnützig anerkannt bleiben kann.

Nun machen wir in der Praxis tatsächlich Bildungsarbeit im engeren Sinne und sind nicht operativ journalistisch tätig. Es gibt Gruppen, die Journalismus und Bildung im weitesten Sinne – sozusagen Volksbildung – betreiben, aber keine Seminare oder Tagungen organisieren. Sie wollen ihre begrenzten Mittel bewusst für journalistische Arbeit einsetzen und haben gar nicht die Möglichkeit, es so zu machen. Jetzt können Sie sich ungefähr vorstellen, wie schwierig es für diese ist, beim Finanzamt die Anerkennung zu erlangen.

Ich habe ausgeführt, warum die Gemeinnützigkeit so wichtig ist. Natürlich geht es um die steuerlichen Vorteile – auch für die Spender. Es ist aber auch wichtig, dass die Gemeinnützigkeit so etwas wie ein Non-Profit-TÜV ist. Die Behörden signalisieren wie mit einem Zertifikat: Es handelt sich um eine Organisation, in der sich keiner bereichert. Es geht bei ihr nicht um Gewinnerorientierung. Es wird sozusagen keine Profitorientierung, sondern ein höheres Ziel verfolgt. – Das ist für viele Spender schon ein wichtiges Signal. Vielen ist es gar nicht so wichtig, ein paar Euro bei der Steuer geltend machen zu können, sondern es geht um dieses Signal: Es ist eine gemeinnützige Organisation.

Wir selbst versuchen zum Beispiel über Recherchestipendien Recherchen zu fördern. Diese im vorliegenden Antrag enthaltene Möglichkeit ist eine der wenigen Gelegenheiten, um eine Veränderung an den Rahmenbedingungen vorzunehmen und damit viel zu bewirken.

Uns ist noch eines wichtig. Es gibt in Deutschland für gemeinnützige Organisationen keine Veröffentlichungspflichten im Hinblick auf die Finanzen, also keine Transparenzverpflichtung. Es wäre gerade für eine journalistische Organisation absurd, andere zur Transparenz zwingen zu wollen, selbst aber nicht transparent zu arbeiten. Deswegen haben wir uns den Kollegen vom Investigative News Network in den USA angelehnt, was die Veröffentlichungspflichten angeht. In dem Dachverband sind inzwischen fast hundert journalistische Non-Profit-Organisationen integriert. Wenn man von der Gesellschaft durch eine Steuervergünstigung gefördert wird, sollte man sich selbst verpflichten, transparent zu arbeiten. – So viel von meiner Seite.

Dr. Anja Zimmer (Deutscher Journalisten-Verband NRW): Ich vertrete heute nur den DJV und nicht die DJU. Wir sind zwei konkurrierende Organisationen, die durchaus Wettbewerber sind und in medienpolitischen Fragen häufig recht unterschiedliche Vorstellungen haben. Ich hatte es in der Einladung überlesen, dass Sie mich auch für die DJU eingeladen haben; sonst hätte ich mich im Vorfeld bei Ihnen ge-

meldet. Soweit ich weiß, wird es noch eine schriftliche Stellungnahme von Ver.di geben, die von unserer allerdings abweichen wird. Ich bitte, das zu entschuldigen.

Für den DJV: Wir bedanken uns dafür, dass wir zu dem Thema eingeladen wurden. Wir halten es für sehr wichtig und finden den Antrag der FDP sehr begrüßenswert. Die Defizite im Lokalen hat Herr Röper schon dargelegt. Es ist nicht der einzige Bereich, in dem Journalismus immer schwieriger wird. Gerade heute wurde wieder ein Korrespondentenbüro in Moskau mit dem Hinweis darauf geschlossen, dass es sehr teuer ist, in Moskau ein Korrespondentenbüro zu unterhalten.

Ausland ist ein Thema. Die Defizite werden immer größer. Investigative Recherche ist überall dort ein Thema im heutigen Redaktionsalltag, wo sie teuer und langwierig ist. Deshalb halten wir es für extrem wichtig, über andere Formen der Finanzierung nachzudenken, ohne eine Schere im Kopf zu haben.

Gemeinnützigkeit ist sicherlich ein wichtiges Thema. Für wichtig halten wir es auch, das in eine gesetzliche Regelung zu fassen. Es gab die Idee, einfach den Erlass zu ändern. Das halten wir für zu vage und für zu sehr im Ermessen der Finanzbehörden liegend. Deshalb meine ich, wir sollten uns Gedanken darüber machen, wie man es in eine gesetzliche Regelung fassen kann. Der Teufel liegt im Detail. Mit der konkreten Fassung der von der FDP vorgeschlagenen Regelung sind wir noch nicht ganz glücklich. Das ist vor allem aus drei Gründen der Fall.

Wenn ich es richtig verstanden habe, sollte die Informationsbeschaffung als Hilfs- und vorbereitende Tätigkeit geschaffen werden. Das heißt, es geht nicht um das Endprodukt. Das halten wir für zu kurz gesprungen. Man könnte dann auch sagen, billige und gemeinnützige GmbHs leisten die Recherche und stellen diese für Verlage oder für andere Interessierte zur Verfügung, schaffen aber kein Endprodukt. Das würde in dieser Form nicht ausreichend dazu beitragen, die Meinungsvielfalt vor Ort im Sinne eines Wettbewerbs vor Ort zu schaffen. Man muss sich überlegen, wie man das Thema hinbekommen kann. Wenn eine GmbH nur in der Recherche tätig ist und freie Mitarbeiter beschäftigt, müssten diese 19 % Mehrwertsteuer zahlen, weil es keine Urheberleistung ist, wenn man sich nur in der Recherche betätigt. Wir haben den Stein der Weisen ehrlich gesagt noch nicht gefunden. Aber wir meinen, man muss über dieses Thema noch einmal nachdenken.

Andererseits muss man sicherstellen, den Wettbewerb nicht so stark zu verzerren. Das macht das Thema so schwierig. Wir sind sehr nah bei Herrn Dicks. Wir gehen immer noch davon aus, dass die Tageszeitung ein sehr, sehr wichtiger Bereich für die Meinungsvielfalt ist und wir den Tageszeitungen das Leben nicht so schwer machen dürfen, dass sie am Ende kein Geschäftsmodell mehr haben. Bei dieser Gratwanderung wird man eine Lösung finden müssen, die beide Bereiche abdeckt.

Das zweite Thema sind die Presseerzeugnisse. Dieser Entwurf bezieht sich nur auf Presseerzeugnisse. Sie wurden kürzlich im Urheberrecht noch einmal definiert. Wir würden es im Zeichen der Konvergenz gerne übergreifend sehen und Hörfunk und Fernsehen mit umfasst wissen.

Das dritte Thema wurde schon angesprochen. Es geht um die Frage, wie man Einflussnahme verhindern kann. Es wäre nicht schön, wenn man über Stiftungen eine –

wenn auch keine staatliche – Einflussnahme von Interessengruppen hätte, die damit ihre Meinung auf den Markt bringen wollen. Das setzt für uns zwingend voraus, Regelungen zur Transparenz zu schaffen und durch Organisationsstrukturen sicherzustellen, dass eine solche Einflussnahme nicht gegeben ist.

Das Thema ist sehr komplex. Steuerrecht ist per se ein komplexes Thema. Deshalb können wir uns gut vorstellen, dazu zusammen mit einem Steuerrechtler einen Workshop abzuhalten. Dabei könnte man überlegen, wie man diese verschiedenen und nicht einfachen Punkte unter einen Hut bringt und wie man das wichtige Ziel erreichen könnte.

Wir hatten einmal überlegt, ob man nicht zusätzlich die journalistische Tätigkeit als solche der Gemeinnützigkeit unterwerfen könnte. Das hätte den Vorteil, dass auch der Journalist, der für gemeinnützige journalistische Projekte arbeitet, von der Umsatzsteuer befreit werden könnte. Ähnliche Ideen gibt es im Bildungsbereich. Als Referent ist man in bestimmten Fällen von der Steuer befreit.

Insgesamt ist es eine sehr wichtige Initiative. Es muss weitergehen. Wir benötigen dringend weitere Finanzierungsideen. Ich möchte noch einmal dafür werben: Vielfalt wird durch vieles erreicht. – Ein starker öffentlich-rechtlicher Rundfunk ist ein Thema. Es gibt sonstige Stiftungsmodelle, die wir in NRW derzeit in Ansätzen ausprobieren. Auch diese sind ein Thema. Es geht aber auch um Wettbewerb mit amerikanischen Unternehmen, die gar keine Steuern zahlen. Sie müssen nicht einmal gemeinnützig sein. Diese Themen sollten wir weiterdenken und aus NRW Impulse dafür setzen.

Vorsitzender Karl Schultheis: Vielen Dank für Ihren Beitrag und für die Klarstellung, welche Organisation Sie hier vertreten, Frau Dr. Zimmer. Die Stellungnahme von Ver.di wird nachgereicht. Sie liegt noch nicht vor.

Sie haben den steuerrechtlichen Aspekt angesprochen. Ich darf deshalb auf die Stellungnahme von Herrn Prof. Hüttemann von der Universität Bonn verweisen. Diese Stellungnahme liegt vor. Steuerrecht spielt in der Tat eine gewisse und wichtige Rolle.

Damit haben wir die erste Runde der Stellungnahmen abgeschlossen. Wir kommen nun zur Fragerunde. Als erster hat sich Herr Kollege Vogt gemeldet. Herr Kollege Vogt!

Alexander Vogt (SPD): Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Seitens der SPD sage ich herzlichen Dank für die umfangreichen Stellungnahmen und die zusätzlichen Erläuterungen zu den schriftlichen Ausführungen.

Wir uns sicher darüber einig, dass Journalismus ein wichtiges Gut und Grundlage unserer Demokratie ist, wie in fast allen Ausführungen gerade noch einmal kundgetan wurde.

Zum Thema Gemeinnützigkeit habe ich eine Frage an Herrn Schraven, Herrn Hüser und Herrn Bartsch. Wir sprechen von gemeinnützige Rechercheleistungen, wie sie in dem Antrag beschrieben sind. Frau Dr. Zimmer hat gerade die Möglichkeit ange-

sprochen, das journalistische Produkt als gemeinnützig zu erklären. Von Ihnen möchte ich gerne wissen, welches Endprodukt aus Ihrer Sicht gemeinnützig ist. Wenn wir eine gemeinnützige Rechercheleistung haben, haben wir irgendwann ein Produkt. Wie gehen Sie konkret bisher mit diesem Produkt um? Ist das ein öffentliches Gut? Ist das ein Produkt, welches privatwirtschaftlich eingebracht werden kann? Sind diese möglichen Gewinne rein als gemeinwirtschaftlich einzusetzen zu sehen? War das Produkt während der Erstellung gemeinnützig und wurde so gefördert, geht aber in ein privatwirtschaftliches Produkt mit Gewinnerzielungsabsicht über, wenn es an einen Verlag übergeht? Gibt es bei Ihnen bisher eine Regelung dafür, wie Sie damit umgehen? Wie lösen Sie diese Diskrepanz auf?

Daniel Schwerd (PIRATEN): Herr Vorsitzender! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vielen Dank für Ihre Stellungnahmen und die Zeit, für die ich Ihnen auch im Namen der Piraten-Fraktion danken möchte. Bei der Gelegenheit danke ich der FDP für die Stellung dieses Antrags. Es überraschte mich ein bisschen, dass dieser Commonce-Gedanke von der FDP verfolgt wird.

Ich möchte eine Vorbemerkung machen, die Sie bei Ihren Antworten bitte berücksichtigen. Wir sprachen häufig davon, dass die Branche unter dem aktuellen Wandel zu leiden hat. Allerdings geht es nicht unbedingt um eine Industrie, von der wir uns überlegen müssen, sie zu stabilisieren. Es geht darum, mit Journalismus und unabhängiger Recherche ein Guthaben und ein Gemeingut zu haben, welches in Gemeinbesitz, im Commonce, bleiben soll. Wie wichtig dies ist, ist allen klar. Wir haben damit Sicherheit und Unabhängigkeit hergestellt. Von allen Seiten haben wir eine Kommerzialisierung all dieser früheren Gemeingute zu beobachten.

Ich komme auf die konkreten Fragen und möchte zunächst Herrn Hüser etwas fragen. Herr Prof. Hombach hatte in seiner Stellungnahme sehr stark auf die Partizipation der Zielgruppe der Kinder und Jugendlichen abgehoben. Selbstverständlich gibt es weitaus mehr Gruppen, die an gemeinnützigem Journalismus teilhaben können. Vielleicht können Sie dazu kurz einige Ausführungen machen.

Sehen wir uns positive Beispiele zum Beispiel aus den USA an. Welche Form von mehr Teilhabe an der Produktion unabhängiger Recherche, unabhängiger Nachrichten und an dem dadurch möglichen gesellschaftlichen politischen Diskurs hatte diese Art von Journalismus?

Eine weitere Frage möchte ich an Herrn Schraven richten. Es geht um das Leistungsschutzrecht als neues Schutzrecht der Presseverlage. Inwieweit haben Sie sich damit schon auseinandersetzen müssen? Welche Nachteile haben Sie damit in Ihrer jetzigen rechtlichen Situation und dadurch mit dem möglicherweise gemeinnützigem Journalismus zu erwarten? Inwieweit können Ihrer Meinung nach solche Journalismusformen Plattform und Ansprechpartner für Whistleblower sein?

Zuletzt möchte ich eine Frage an Herrn Bartsch stellen. Sie sprachen in Ihrer Stellungnahme insbesondere die unbedingt notwendige Transparenz solcher Mittel an, die im Moment nicht gesetzlich geregelt ist. Sehen Sie es als sinnvoll an, eine solche gesetzliche Transparenzverpflichtung zu schaffen? – Herzlichen Dank.

Vorsitzender Karl Schultheis: Herzlichen Dank. – Sie wundern sich, dass Herr Kollege Nückel das Thema aufgeworfen hat: Wir freuen uns über jeden Freund und jede Freundin für die gute Sache. – Als Nächster ist Herr Prof. Sternberg an der Reihe.

Prof. Dr. Thomas Sternberg (CDU): Vielen Dank auch im Namen der CDU-Fraktion für diese Anhörung. Die Antworten, die wir auf die Krise insbesondere der lokalen Berichterstattung finden müssen, sind einer der Wege, mit denen man sich beschäftigen muss. CORRECT!V hat die Forderung der Leopoldina zitiert. Danach müsse man unabhängigem Qualitätsjournalismus gesteigerte Aufmerksamkeit schenken. Es heißt dort, es sollten geeignete Maßnahmen erarbeitet werden. Genau das ist die Frage. Welche Maßnahmen sind geeignet? Vor dem Problem stehen wir. In der Sache sind wir uns alle völlig einig. Projekte, die bereits ausprobiert wurden, stehen vor größeren Gefährdungen. Ich habe selbst in meiner Heimatstadt Münster eine ernüchternde Erfahrung gemacht. Als die Redaktionsgruppe, die bei der *Münsterschen Zeitung* auf einen Schlag entlassen worden war, die Online-Zeitung *Echo Münster* gründete, ging diese mangels finanzieller Ausstattung wieder ein, obwohl sie ein gutes Projekt war.

Ich würde gern das Thema aufgreifen, welches Sie vom DJV angesprochen hatten, Frau Dr. Zimmer. Ist es im Sinne einer Medienkonvergenz überhaupt noch gerechtfertigt, Presse alleine wahrzunehmen? Muss man Bild-, Ton-, Online- und Presseerzeugnisse nicht grundsätzlich gleich sehen? Ich frage mich, ob es nicht eine veraltete Methode ist, diese Medienbereiche zu unterscheiden.

Wenn man über Gemeinnützigkeit spricht und sagt, wir haben ein solches Problem insbesondere beim lokalen Journalismus, muss man sich hüten, in der Argumentation so weit zu gehen und zu sagen: Der Wegfall von lokalem Einzelhandel ist ein großes Problem. Wenn jemand am Ort einen Laden eröffnet, muss auch das gemeinnützig sein. – Das ist eine ganz schwierige Frage. Man muss mit der Argumentation aufpassen, damit es konzise bleibt.

Herr Hüser, Sie hatten in Ihrer Stellungnahme gesagt, die Gefahr der Auslagerung von Redaktionen sei nicht zu erwarten; diese Gefahr bestünde nicht. Ich würde gerne von den anderen hören, ob sie es auch so sehen. Besteht unter Umständen die Gefahr, Anreizsituationen zu schaffen, indem man Redaktionen auslagert, die dann Dinge einkaufen? Ich möchte dieses Thema gestellt wissen.

Ist diese Spenderabhängigkeit wirklich so auszuschalten? Wie kann man die Unabhängigkeit dieser Büros gewährleisten? Kann nachher nicht unter Umständen eine steuergestaltende Situation entstehen, sodass eine Einflussnahme auf das, was redaktionell bearbeitet wird, zumindest nicht ganz auszuschließen ist? Wie ist das zu prüfen?

Entsteht weitere Konkurrenz für diejenigen, die es bereits jetzt schwer haben, wenn sich das intensiver entwickelt und durch den Staat gefördert wird? Im Grunde genommen ist es eine staatliche Förderung, wenn der Staat auf Einnahmen verzichtet. Das halte ich für die schwierigste Frage. Wir haben immer gesagt, die beste Methode, regionalen und lokalen Journalismus zu stärken, besteht darin, dafür zu sorgen,

dass die Zeitungsverleger die Möglichkeit haben, im Netz Geld zu verdienen. Man kann im Netz Geld verdienen, um wieder Redakteure einstellen und Journalismus betreiben zu können. Ist es eigentlich der richtige Weg, über solche Umwege wie die „Stiftung Partizipation und Vielfalt“ etwas fördern zu wollen, was markttechnisch nicht richtig funktioniert? Das ist vor allem eine Frage an Herrn Dicks. Wie sehen die Zeitungsverleger das? Holt man sich unter Umständen eine weitere Konkurrenz ins Haus? – Das reicht an Fragen. Schönen Dank.

Oliver Keymis (GRÜNE): Herr Vorsitzender! Meine Dame, meine Herren, vielen Dank für Ihre Ausführungen und für Ihr Kommen, um zu dem Antrag der FDP Stellung zu nehmen. Für die Grünen sage ich klar, wir begrüßen den Gedanken, sich intensiv damit auseinanderzusetzen, wie man Journalismus auf vielen Wegen gemeinsam ermöglicht, Herr Kollege Nückel. Ein Weg könnte sein, die Gemeinnützigkeit anzuerkennen. Ich habe dem von Herrn Prof. Hüttemann beigefügten Papier entnommen, dass es heute schon rein rechtlich die Möglichkeit gibt. Man kann das so organisieren. Ein Beispiel sitzt vor uns.

Trotzdem stellt sich eine Reihe von Fragen. Eine hat Herr Kollege Sternberg unter anderem vorweggenommen. Herr Dicks, es geht um die Frage, welche Konkurrenzsituation eigentlich entsteht. Diese Frage unterstreiche ich noch einmal. Wenn ich mir den Großkampf der Verleger gegen den öffentlich-rechtlichen Rundfunk im Zusammenhang mit den Online-Aktivitäten ansehe, dann ist eigentlich eines deutlich. Zumindest von Verlegerseite wird immer Wert darauf gelegt, dass die Online-Aktivitäten des öffentlich-rechtlichen Rundfunks kleingehalten werden sollen, damit keine Wettbewerbsverzerrung, kein Ungleichgewicht entsteht. Gleichwohl sind die Online-Angebote des öffentlich-rechtlichen Rundfunks werbefrei. Dennoch wird auf diese Dinge immer hingewiesen. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie noch einmal deutlich herausstellen könnten, welche Konkurrenz es eigentlich für Sie bedeutet, wenn sich in einem wirklich großen Stile Spender und Spenderinnen finden, die gemeinnützige journalistisch organisierte Organisationen unterstützen.

Mein Eindruck ist, gerade im Lokalen wird die Relevanzschlacht entschieden. Gerade da haben die klassischen Zeitungsanbieterinnen und -anbieter bisher ihre Chance. Wenn sie lokal relevant sind, haben sie in der Regel auch viele Abonnenten. Wenn sie irgendwann für die einzelne Region nicht mehr interessant sind, brechen ihnen die Abonnenten weg; denn was soll man sich jeden Tag eine Zeitung ins Haus bestellen, die nichts davon berichtet, was um einen herum passiert? Das kann ich anders haben.

Es ist ein Problem, darauf hinzuweisen, dass die lokale Berichterstattung die besondere Form ist, wenn man gemeinnützig finanzierte journalistische Online-Angebote für wichtig und notwendig erachtet. Das hat Herr Röper in seiner Stellungnahme betont. Herr Dicks und Herr Röper, Sie könnten noch einmal dazu Stellung nehmen. Dafür wäre ich dankbar.

Die USA sind einige Male als Vorbild benannt worden. Wir tun uns in Europa nicht immer leicht damit, die USA als Vorbild zu nehmen. Das ist auf der einen Seite sicher eine interessante gesellschaftliche Entwicklung. Auf der anderen Seite würde ich be-

haupten, der Vergleich zwischen dem amerikanischen medialen System und dem europäischen, insbesondere dem deutschen, ist nicht ohne Weiteres statthaft. Herr Röper, es wäre interessant, wenn Sie den Vergleich mit dem Blick vornehmen würden, den Sie mit Ihrem Institut seit vielen Jahren auf diese Dinge haben. Sagen Sie uns, ob das Angebot der Medien in Amerika vergleichbar ist. Hat die Lücke, die dort gemeinnützig gefüllt wird, möglicherweise etwas damit zu tun, dass wir eine der größten journalistischen Non-Profit-Organisationen betreiben, nämlich den öffentlich-rechtlichen Rundfunk? Er ist per se eine Non-Profit-Organisation. Jedenfalls verstehe ich das so. Wir alle leisten – hoffe ich jedenfalls – die entsprechende Abgabe über unseren Beitrag, den wir steuerlich nicht geltend machen können. Insofern ist das eine wichtige Frage. Kann man USA und Deutschland wirklich vergleichen?

Herr Schraven, Sie haben in Ihrer Stellungnahme etwas geschrieben, was ich gut finde: Schon wenige Mitglieder könnten genügend Spenden einsammeln, um professionelle Journalisten zu beschäftigen, die Lokalblogs oder Lokalmagazine jenseits des Hobbys herausbringen. – Das klingt gut. Was verdient ein professioneller Journalist? Wie viele benötigt man davon, wenn man im Lokalen engagiert unterwegs ein möchte: Veranstaltungen besuchen, Leute treffen, Dinge machen, das Ganze aufbereiten – möglicherweise sogar mehrmedial – und so weiter? Wenn es professionelle Leute sind, kosten sie im Jahr zwischen 50 000 und 60 000 €, wenn man die Sozialkosten einrechnet. Wie viele Mitglieder sollen das sein? An solchen Sätzen stoße ich mich. Ich bitte Sie, dazu Stellung zu nehmen, weil es in konkreten Summen darstellbar sein muss. Gibt es eine Art Grenze, bei der Sie sagen, darunter lohnt es sich nicht? Ein paar Tausend Euro reichen nicht. Es muss eine entsprechende Summe sein, um das herauszubringen.

Herr Hüser, ich wäre dankbar, wenn Sie noch einmal etwas bewerten. Als Stiftungsvertreter können Sie das vielleicht etwas neutraler als jemand, der es als Spender sagen müsste. Mich interessiert der entstehende Konflikt, wenn man von Geld abhängig ist, das jemand einem gibt. Damit ist in der Regel eine Erwartung verbunden. Das kann man an Parteispenden und an anderen Spenden sehen. Diese Erwartung ist nicht unbedingt nur gemeinnützig. Sie kann unter Umständen inhaltlich sein. Prinzipiell finde ich es sehr gut, zu sagen, wer wie viel gespendet hat. Das kann man machen. Es sagt aber noch nichts darüber aus, ob nicht doch auf irgendeine Weise Einfluss genommen wird. Frau Dr. Zimmer, Sie haben es angedeutet. Ich bitte Sie, noch einmal darauf einzugehen. Kann man sich eine Organisationsform vorstellen, die dafür sorgt, dass neben der Transparenz eine wirkliche Unabhängigkeit gewährleistet bleibt? Ansonsten kann man sich durch – wie auch immer geartete – Großspenden vorstellen, das Ganze zu einem Instrument der journalistischen Einflussnahme machen zu können.

Mich interessiert noch etwas, was ich nicht immer sofort miteinander in Einklang bringen kann. In allen Stellungnahmen, die es positiv bewerten, wird angeführt, das Investigative sei so entscheidend. Die positive Bewertung ist erfreulich. Wir haben es nicht oft, dass etwas so positiv bewertet wird. Das Gemeinnützige verbindet sich sofort mit dem Investigativen. Im Lokaljournalismus ist nicht unbedingt das Investigative entscheidend. So manche Zeitung lebt immer noch ein bisschen davon, dass sie von Vereinen ein Foto veröffentlicht, schreibt, wer welche Zuchtergebnisse erzielt hat und

so weiter. Nicht die investigative Form ist das Entscheidende, sondern die Berichterstattung. Viele von uns konnten für ein paar Pfennige pro Zeile ihre ersten journalistischen Erfahrungen machen. Ich durfte dies auch. Das war ätzend. Man musste drei Stunden in Veranstaltungen sitzen und hat 30 Pfennig pro Zeile bekommen. Dann dachte man: Journalist wirst du nicht. – Manche haben sich überwunden und sind es doch geworden. Einige sitzen vielleicht auch unter uns.

Herr Bartsch und Herr Schraven bitte sich, sich noch einmal zu einer Frage zu äußern. Das wäre interessant. Besteht nicht ein gewisser Widerspruch zwischen dem Investigativen und dem Lokalen? Das sind für mich durchaus unterschiedliche Dinge. Ich glaube, gerade das Lokale ist etwas, was die Menschen spendentechnisch bindet. – Das sind im Wesentlichen die Punkte, die ich ansprechen wollte und bei denen ich mich freue, wenn Sie dazu Stellung nehmen. Danke schön.

Thomas Nüchel (FDP): Mein Dank geht an die Sachverständigen für ihre weitreichenden Darstellungen. Es freut mich, dass der Grundgedanke unserer Antragsinitiative, nämlich dazu beizutragen, den Verlust von Medienvielfalt zu lindern – ich formuliere es bewusst vorsichtig – und neue Modelle journalistischer Angebote und Arbeit zu ermöglichen, positiv gewürdigt wird.

Natürlich gibt es immer wieder die teuflischen Details. Deswegen habe ich zuerst eine Frage an Frau Dr. Zimmer vom DJV. Sie hatte die Frage aufgeworfen, welches Produkt hinten herauskommt. Teilen Sie die Meinung des Steuerrechtlers Prof. Hüttemann, wonach die vorgeschlagene Formulierung durch die Bezugnahme auf den Begriff der „Presseerzeugnisse i. S. d. Bundesverfassungsgerichts“ ausreicht? Im Grunde genommen ist der Begriff „Presseerzeugnisse“ dadurch plattformunabhängig und begrenzt es sich nicht auf ein gedrucktes Produkt. Teilen Sie diese Auffassung oder haben Sie Zweifel daran?

Herr Dicks, an Sie habe ich eine Frage. Ihnen ist gerade keck von einem nachfolgenden Redner unterstellt worden, Sie hätten die Gemeinnützigkeit für Verlage eingefordert. Ist das so? Ich hatte Herrn Röper so verstanden als hätte er dies aus Ihrer Stellungnahme herausgehört. Sagen Sie dazu bitte noch etwas.

Eine weitere Frage geht an Herrn Hüser, Herrn Schraven und Herrn Bartsch. Es geht um die Kontrolle. Auch der Modellbau ist gemeinnützig. Trotzdem haben wir kommerzielle Modellbauproduzenten, die sich nicht so sehr gestört fühlen, glaube ich. Ist das ein übertragbares Beispiel? Herr Bartsch hat einen Dachverband erwähnt. Sehen Sie eventuell eine Möglichkeit, um ethische Bedingungen zu formulieren, damit jede dieser gemeinnützigen Einrichtungen eine Art Ethikrat hat? Kann dieser Einfluss nur über die von allen geforderte Transparenz der Finanzierung auf null gebracht werden, indem mehr im Gemeinnützigkeitsrecht vorgesehen wird als bisher?

Könnte dieser Dachverband andererseits zwecks Abgrenzung zu einem reinen „Hobbyjournalismus“ eine Art Qualitätsstandard formulieren? Ich möchte nicht so weit gehen und fragen, ob er vielleicht für eine Zertifizierung verantwortlich zeichnen könnte, um zu beurteilen, ob eine gemeinnützige Einrichtung im Journalismus ihre Aufgaben erfüllt oder ob Zweifel angebracht sind.

Ich habe eine Frage, die vielleicht nicht beantwortet werden kann. Ich stelle sie trotzdem. Vielleicht kann Herr Hüser oder David Schraven darauf antworten. Gibt es außer den Vereinigten Staaten andere Beispiele – zum Beispiel in EU-Ländern – für ähnliche Modelle oder Gedankenspiele? – Danke.

Vorsitzender Karl Schultheis: Vielen Dank, Herr Kollege Nüchel. – Wir schließen die erste Fragerunde. Alle Sachverständigen wurden angesprochen. Ich beginne daher in der Reihenfolge für die Beantwortung wieder bei Herrn Hüser. Herr Hüser, Sie haben das Wort.

Thomas Hüser (Brost-Stiftung): Vielen Dank für dieses große Interesse und die vielen Fragen. Ich möchte zu Beginn meiner Ausführungen festhalten, dass wir vonseiten der Brost-Stiftung das Rechtsgutachten von Herrn Prof. Hüttemann sehr begrüßen. Er bestätigt unsere Auffassung, wonach der gesetzliche Rahmen für Gemeinnützigkeit weitgehend erfüllt ist.

Wir haben eine zweite Sache, die ich etwas breiter ausführen muss. Es gibt einen ganz zentralen Begriff für jedes journalistische Tun. Das ist der Begriff der Unabhängigkeit. Es muss eine Unabhängigkeit der recherchierenden, schreibend-journalistisch Tätigen geben – ob es Hobbyjournalisten oder Qualitätsjournalisten sind oder wie man sie nennen mag. Die redaktionelle Seite muss unabhängig von der wirtschaftlichen sein. Es darf keinen Einfluss von Förderern, Spendern, Freunden oder Mäzenen auf diese redaktionelle Einheit und Verantwortlichkeit geben.

Wir haben in der Brost-Stiftung gesagt, wir geben jemandem Geld und wissen nicht, wofür. Wir haben ein ganz klares und statuarisch festgelegtes, fördervertraglich gebundenes Postulat der Unabhängigkeit. Es gibt einen Ethikrat, eine Aufsichtsgruppe, in der namhafte Verleger und Journalisten beobachten, was unsere redaktionelle Einheit CORRECT!V macht. Es gibt vonseiten der Brost-Stiftung keine redaktionelle Einflussnahme auf das Wirken und Tun von CORRECT!V. Das haben die CORRECT!V-Macher auch mit allen anderen Partnern vereinbart. Das ist so festgelegt. Wir freuen uns immer, wenn wir sehen, es steht etwas drin. Wir freuen uns, dass alles prima läuft. Aber wir wissen nie, was kommt und sind darüber manchmal überrascht und meistens begeistert.

Es ist ganz wichtig, dass dies festgelegt ist. Auch bei künftigen Regelungen sollte der Gedanke der journalistischen und redaktionellen Unabhängigkeit unantastbar und nicht nur gewahrt bleiben. Es ist für uns alle, die sich über die Zukunft des Journalismus Gedanken machen wichtig, dass dieser für die demokratische Kultur und das demokratische Selbstverständnis so wichtige Teil unbedingt eingehalten wird. Sonst macht es keinen Sinn. Wir, die wir uns Gedanken über die Zukunft der Medien machen, tun uns keinen Gefallen, wenn wir uns aus kommerziellen Gründen zu aufweichenden Positionen hinreißen lassen.

Auch der Verlegerverband teilt die Auffassung, dass journalistische Unabhängigkeit unantastbar sein muss. Das ist Common Sense bei allen, die das fördern.

Ich möchte noch etwas zu dem Vergleich zwischen Deutschland und den USA sagen. Die Vereinigten Staaten verzichten jedes Jahr auf 44 Milliarden US-Dollar an Steuergeldern, die die Stiftungen als gemeinnützig ausschütten. In den USA werden rund 100 Millionen US-Dollar für gemeinnützigen Journalismus ausgegeben. Der Markt ist also extrem klein, um nicht zu sagen verschwindend gering.

Ich kenne das Gebührenaufkommen des Westdeutschen Rundfunks nicht genau. Aber es muss sich irgendwo zwischen ein und zwei Milliarden Euro bewegen.

(Zuruf: 1,23 Milliarden!)

– 1,2 Milliarden €. – Die jährliche Förderung der Brost-Stiftung beträgt 1 Million € für CORRECT!V. Man muss die Größenordnungen in Relation sehen. Aufgrund der unterschiedlichen Dimensionen, in denen das gemacht wird, ist die Gefahr, dass es so etwas wie eine Ersetzung im Medienmarkt geben kann, aus meiner Sicht nicht gegeben.

Wir alle – der Westdeutsche Rundfunk, die Förderer der Brost-Stiftung, die Verleger – haben eines gemeinsam. Wir sind alle an die ethisch verfestigten Regeln im Umgang mit Journalismus gebunden. Wir haben diese strikte Trennung von finanzierender Einheit und Redaktion in Deutschland seit dem Zweiten Weltkrieg immer gelebt. Wir sollten sie nicht so sehr infrage stellen, auch wenn es auf der kommerziellen Seite Schwierigkeiten gibt. Ich glaube, alle Angebote werden sich kurzfristig, aber auch langfristig ergänzen. Wir hoffen, die Brost-Stiftung kann ein gutes Beispiel dafür sein, damit auch andere unabhängige Stiftungen erkennen, dass es ein guter Beitrag zur politischen Kultur und zur Medienkultur in Deutschland ist. Das ist sozusagen unsere Zielsetzung in dem Kontext.

Man muss einen Ausblick auf die Zukunft geben. Ich glaube, Vergleiche mit den Vereinigten Staaten hinken immer etwas, weil der lokale kommerzielle Medienmarkt in den Vereinigten Staaten viel besser funktioniert als bei uns. Der Investor Warren Buffett ist nicht dafür bekannt, gemeinnützige Gedanken zu hegen. Er kauft ganz gezielt Tageszeitungen lokaler Couleur auf, weil er weiß, langfristig ist das im Rahmen der digitalen Entwicklung ein guter und positiver Markt, der sich kommerziell entwickeln kann. Wir haben in Metropolstrukturen wie in Nordrhein-Westfalen Konzentrationsbewegungen und -entwicklungen, die im Hinblick auf die Vielfalt der Medien nicht ausschließlich erfreulich sind. Herr Röper hat das viel besser beschrieben als ich es kann. Die Situationen in Amerika und Deutschland sind aber nicht unmittelbar vergleichbar. Da muss man vorsichtig sein.

Als dritten Aspekt möchte ich die mediale Innovation und die Entwicklung neuer Darstellungsformen im Journalismus ansprechen. Wir haben festgestellt, eine Redaktion, die keinem wirklichen wirtschaftlichen Zwang unterliegt, hat die Möglichkeit, innovativer zu arbeiten und neue digitale Darstellungsformen, neue Erzählformen zu entwickeln. Sie ist so etwas wie ein Laboratorium, ein Zukunftsinkubator für andere Medien und kann deshalb Vorbild sein. Das ist ein zusätzlicher Effekt, den wir am Anfang gar nicht so gesehen haben. Er überzeugt uns in der Wahrnehmung der Arbeit der CORRECT!V-Leute zunehmend.

Der von uns geförderte aufklärerische, kulturell orientierte, politisch- und medienkulturell orientierte Journalismus ist unabhängig und schafft neue Freiräume für neue Darstellungsformen, weil diese nicht sofort durch Klick-Zahlen oder Auflagen belegt sind. Wie viele das konsumieren, ist am Anfang egal, weil es sich nicht durch Werbung refinanzieren muss. So entstehen interessante neue Formen, die vielleicht später übernommen werden können. Das ist ein zusätzlicher Effekt, den wir nach einem guten Jahr beobachten können.

David Schraven (CORRECTIV – Recherchen für die Gesellschaft gGmbH): Ich versuche, jede Frage zu beantworten. Dieser gemeinnützige Journalismus ist kein Vademekum für die Medienkrise. Herr Hüser hat gerade gesagt, die Dimensionen sind sehr, sehr viel kleiner.

Herr Keymis, Sie sprachen die Frage an, worum es im lokalen Bereich geht. Ich spreche nicht über eine Lokalredaktion, die unterhalten werden muss. Das kann ein solches System nie leisten. Wenn es keine Lokalredaktion und kein entsprechendes Angebot mehr gibt, kann ich mir vorstellen, dass sich etwa 100 Leute zusammentun und sagen: Wir werfen jeder 50 € in den Hut. – Dann hat man 5 000 €. von 5 000 € kann man vor Ort sehr gut eine Berichterstattung mit einer Person leisten.

Als kleiner Ausblick dessen, was sich derzeit schon tut: In vielen Orten im nördlichen Ruhrgebiet nimmt die Berichterstattung ab. Dort werden ganz neue Erzählformen ausgetestet. Wir haben ziemlich viel Bewegung über Facebook-Kanäle. Es gibt so etwas wie „We love Dorsten“ und so weiter. Das sind journalistische Angebote mit einer unheimlich hohen Verbreitung in den Orten. Sie haben fast eine hundertprozentige Abdeckung der digitalen mobilen Endgeräte. Die Leute arbeiten dort, ohne einen blassen Schimmer von Journalismus zu haben. Das ist sehr gefährlich. In solchen Regionen wäre es möglich, durch kleine Angebote mit relativ kleinen Vereinen Alternativen zu schaffen. Das sind Gehälter, mit denen man das machen kann. Die Kosten für die technische Umsetzung sind sehr gering. Das sind nur wenige Hundert Euro.

Herr Vogt, zu Ihrer Frage, wie wir arbeiten: Das möchte ich an zwei Beispielen kurz darstellen. Wir recherchieren eine Geschichte, von der wir glauben, sie ist gesellschaftlich relevant oder wichtig für die Bevölkerung. Wir machen kein Boulevard-Zeug in dem Sinne, dass irgendwer halbnackt abfotografiert wird.

Bei den Spendengerichten glauben wir, es ist wichtig, dass sich die Gesellschaft fragt, ob Justiz, Gerichte beziehungsweise Richter Geld freihändig verteilen können, welches über Ermittlungseinstellungen und so weiter an Auflagen und Strafen eingenommen wird. Diese Geschichte haben wir recherchiert und in einer Datenbank zusammengefasst. Darin haben wir die Ausgaben von fast allen deutschen Gerichten zusammengefasst. Diese Arbeit kann kein kommerziell arbeitendes Medienunternehmen leisten. Damit ist kein Geld zu verdienen ist. Würde die WAZ das machen, müsste sie sich auf das Verbreitungsgebiet der WAZ konzentrieren, damit sie eine Geschichte daraus machen kann. Sie könnte das nie für Deutschland machen. Wir haben es komplett für ganz Deutschland aufbereitet. Dann haben wir als Beispiel München herausgesucht. Dort gab es einen von Richtern gegründeten, finanzierten

und geleiteten Verein. Die Richter haben mit diesem Verein Ausgrabungen in Ägypten finanziert. Sie waren der Ansicht, sie müssten deshalb auch einmal jährlich nach Ägypten fliegen. Das kann man lokal wunderbar darstellen. Das ist eine schöne Geschichte.

An dem Beispiel haben wir gezeigt, wie die Datenbank funktioniert. Dann haben wir die Datenbank veröffentlicht und jedem zur Verfügung gestellt. Lokalredaktionen in ganz Deutschland konnten sich bedienen. Sie konnten selbst in die Datenbank eingeben, welchen Ort sie suchen. Sie konnten nach Fußball- und Karnevalsvereinen suchen. Immer wieder ist irgendwo etwas Interessantes aufgepoppt. Die *Saarbrücker Zeitung* hat daraus eine Titelgeschichte gemacht. In Passau war etwas. Im oberbayerischen Bereich gab es etwas. Es haben sich eigene lokale Leute gekümmert. Sie haben in irgendwelchen Vororten gewohnt und geschaut, was bei ihnen zum Beispiel in einem Vorort von Bremen los ist. In dem gab es keine lokale Berichterstattung. Nun gab es auf einmal Berichterstattung über einen Fall, den die Kollegen vor Ort nie hätten recherchieren können.

Insgesamt kamen aus der Veröffentlichung der Datenbank grob geschätzt zwischen 50 und 70 Geschichten heraus. Ich weiß es nicht genau; wir können das sehr schlecht nachvollziehen, weil die Leute uns nicht immer Bescheid sagen.

Wir recherchieren etwas und bereiten es auf. Wir veröffentlichen das einmal mit einem exklusiven Partner, damit man sieht, wie es geht. Dann stellen wir alle Geschichten komplett der Öffentlichkeit zur Verfügung. Dann gehen wir noch einen Schritt weiter und erklären den Leuten die Methoden. Wir haben nicht nur die Inhalte der Datenbank veröffentlicht. Wir haben die gesamte Datenbank zur Verfügung gestellt. Die Leute konnten sich anschauen, wie die Datenbank funktioniert, wie sie aufgebaut ist. Sie konnten der Datenbank einzelne Elemente entnehmen und in neue Datenbanken überführen. Wer sich technisch damit auskennt, kann das weiterentwickeln. Wir geben auch die journalistischen Methoden dazu weiter: Wie recherchiert man einen Verein? Wie schaut man nach, ob jemand Richter ist?

Sie haben das Geldverdienen angesprochen. Ich bin davon überzeugt, es ist durchaus okay, wenn gemeinnützige Organisationen Zweckbetriebe haben, in denen Geld erwirtschaftet wird. Das ist im Gesetz so vorgesehen. Es ist auch absolut sinnvoll. Ein Problem ist immer dann gegeben, wenn es wirtschaftlich zu erfolgreich wird und es mit einem Mal zum Gewerbeunternehmen wird.

Nehmen wir einmal an, dieser Fall würde in Hückelhoven eintreten. Dann gäbe es in Hückelhoven mit einem Mal ein neues journalistisches Angebot, welches wirtschaftlich so erfolgreich wäre, dass es aus der Gemeinnützigkeit heraustreten und Mitarbeiter nach Tarifen beschäftigen müsste. Das ist doch nichts Schlechtes. Das ist doch gut. Besser kann es nicht laufen.

Damit solche Modelle möglich werden, die ich gerade beschrieben habe, ist es sehr wichtig, dass alle Produkte möglich werden. Deswegen halte ich den Einwand von Frau Dr. Zimmer durchaus für gerechtfertigt und für richtig. Wir müssen mehr Möglichkeiten schaffen.

Leistungsschutzrecht: Ich weiß, die Debatte ist wichtig. Ehrlich gesagt habe ich mich aber noch nie damit beschäftigt. Das war immer ein anderes Ressort. Das ist so, als ob Sie im Kulturressort danach fragen, wie der BVB gespielt hat. Das wissen die Kollegen nicht. Das weiß ich nicht.

Whistleblowing: Das ist ein ganz altes Ding. Das haben Journalisten, seit es Zeitungen gibt. Heute sind nur die technischen Möglichkeiten anders. Ich halte es für gut, die Möglichkeit zu schaffen, leicht angesprochen zu werden.

Herr Prof. Sternberg, ich sehe einen großen Unterschied zwischen dem Journalismus vor Ort und dem Einzelhändler vor Ort. Wenn der Einzelhändler vor Ort wegfällt, kann ich mir woanders Essen kaufen. Wenn ich keinen Journalismus vor Ort mehr habe, fehlt mir so etwas wie Wasser zum Leben. Dann fehlt mir nämlich das Element, das mir den Austausch innerhalb der Gemeinschaft ermöglicht, das Element, welches mir ermöglicht, eine öffentliche Debatte zu führen, durch welches ich in die Lage versetzt werde, meine Gemeinschaft zusammen mit den anderen weiterzuentwickeln. – Deshalb halte ich das für ein extremes Grundgut unserer Demokratie. Auch wenn ich sonst nicht so dafür bin, muss der Staat hier etwas machen. Bevor der Staat aktiv steuernde Medienpolitik betreibt, ist eine gemeinnützige Lösung tausendmal besser, vor allem deshalb, weil sie immer wieder Übergänge in die Wirtschaftlichkeit und damit andere Modelle ermöglicht.

Übrigens kann solch ein gemeinnütziges Unternehmen nie profitorientiert arbeiten. Das steht auch in § 52 der Abgabenordnung. Alle gemeinnützigen Vereine, Unternehmen und so weiter müssen selbstlos arbeiten. Das heißt, sie können nicht profitorientiert arbeiten. Das muss man im Kopf haben. Wir schaffen keine steuerbefreiten Unternehmen, die Gewinne anhäufen können. Das dürfen sie gar nicht.

Man darf sich nicht bange machen vor dem, was kommt. Eine solche Angst vor lokaler Konkurrenz gibt es nicht. Wenn eine Zeitung vor Ort gut ist und eine gute Geschichte liefert, dann wird sich dort kein Verein gründen können. Dann gibt es keinen Bedarf. Dann werden Sie keine 100 Leute finden. Sie werden vielleicht 20 Leute finden, die fünf Euro geben. Das ist aber irrelevant.

Abhängigkeiten sind angesprochen worden. Klar wird es Abhängigkeiten von Spendern geben. Das glaube ich gerne. Ich halte eine solche Abhängigkeit teilweise aber für sehr klug. Wir bauen zum Beispiel nach und nach eine Community auf, damit uns Einzelpersonen Geld spenden können. Wir haben derzeit um 250. Es werden täglich mehr. Täglich unterstützen uns mehr Leute. Wir haben in Frankreich Modelle wie Mediapart gesehen. Mit NEWSTAPA in Korea haben sich ähnliche Büros organisiert. In Frankreich haben sie mittlerweile 100 000 Unterstützer. Bei NEWSTAPA sind es über 30 000 Unterstützer. Dann sind sie eben von ihren Spendern abhängig. Was ist daran schlimm? Das ist genauso wie eine Abhängigkeit von Lesern.

Gleichwohl glaube ich, es muss Modelle geben, die eine Beeinflussbarkeit wie in einem Lobbyunternehmen verhindern. Dafür ist der Wettbewerb das Wichtigste. Man muss einen Wettbewerb schaffen, in dem ganz viele verschiedene Modelle möglich sind, wie es heute schon der Fall ist. Wir haben gemeinnützige Vereine, GmbHs,

AGs und Genossenschaften. Es gibt ganz viele verschiedene Modelle. So muss es auch Modelle geben, die sich in dieser Sicherung der Unabhängigkeit unterscheiden.

Wir haben bei uns das Modell der maximalen Transparenz, des Ethikrates und eines davon getrennten wirtschaftlichen Aufsichtsrates gewählt. Das ist für uns ein richtiges Modell. Wenn das Modell nicht gut ist, muss man ein Modell schaffen, mit dem man umgehen kann. Herr Nückel hat es gerade angesprochen. Das finde ich verdammt wichtig. Das ist bei uns die Initiative „Gemeinnütziger Journalismus“, die wir mit ein paar Leuten gegründet haben. Wir wollen sie nach und nach ausbauen und hoffen, irgendwann kommen die Gewerkschaften und ein paar andere Leute hinzu. Wir haben mit Prof. Wormer von der Uni Dortmund dazu gesprochen. Es sollen noch Leute dazukommen, damit man einen großen Pool hat, in dem darauf geachtet wird, ob es Transparenz gibt, ob es eine unabhängige Berichterstattung gibt und ob ein Mindestmaß an Qualität gesichert ist.

Es gibt nur eine Sanktionsform, nämlich die, nicht mehr dabei zu sein. Wenn jemand nicht mehr dabei ist, verliert er seinen Initiativstempel oder wie man es nennen möchte. Dann ist klar, jemand hält den Standard nicht ein. Ich würde daraus kein Staatssiegel machen. Das benötigt man nicht. Der Staat muss dort nicht eingreifen. Wenn die Peer-Gruppe sagt, jemand gehört nicht mehr dazu, dann muss man genauer hinsehen. Wenn Aufsichtsbehörden wie Finanzämter dann genauer hinsehen, ist das nicht falsch.

Öffentlich-rechtlicher Rundfunk: Herr Hüser hat eben schon gesagt, man kann ihn vom finanziellen Aufwand her nicht vergleichen. Man kann ihn aber auch von einer zweiten Sache her nicht vergleichen. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk schwebt darüber. Er ist groß und macht große Sachen. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk kann keine Grundversorgung vor Ort leisten. Dann müsste er noch einmal 6 000 Leute mehr einstellen. Das kann er nicht. Deswegen muss man für Orte wie Bottrop ergänzende Modelle haben. – Danke.

Vorsitzender Karl Schultheis: Herr Schraven, Herr Kollege Keymis hatte noch eine Frage zum Verdienst gestellt.

David Schraven (CORRECT!V – Recherchen für die Gesellschaft gGmbH): Das habe ich doch gesagt. 50 € mal 100 sind 5 000 €. Von 5 000 € kann man ein solches Angebot bezahlen.

(Oliver Keymis [GRÜNE]: Im Monat? Das wären 600 € im Jahr.)

– Wenn man es vergleicht, entspricht das ungefähr einem Zeitungsabo.

Carsten Dicks (Zeitungsverlegerverband Nordrhein-Westfalen e. V.): Ich habe zwei Fragen zu beantworten. Eine Frage kam von Herrn Nückel. Es war Herr Röper, der mir keck meine Worte im Mund umgedreht hat. Ich habe nicht die Gemeinnützigkeit in steuerrechtlichem Sinne für die Verlage eingefordert. Ich habe nur eine allgemeine Zustandsbeschreibung der Verlagsarbeit und des Journalismus der Verlage

vorgenommen. Diese sehen wir ebenfalls als gemeinnützig an. Bitte missverstehen Sie das nicht als steuerrechtliche Aussage.

Ich wurde von Herrn Keymis und Herrn Nüchel nach dem Wettbewerbsverhältnis zwischen spendenorientiertem Journalismus und den Zeitungsverlagen gefragt. Selbstverständlich gehe ich davon aus, dass spendenfinanzierter Journalismus ein publizistischer Wettbewerber der Verlage sein wird. Diesem Wettbewerb werden sich die Verlage stellen.

Ich kann heute nicht ausschließen, dass es aufgrund dieser Spendenfinanzierung zu einer Wettbewerbsverzerrung kommen kann und wird. Dafür weiß ich über diese Initiativen und Modelle zum jetzigen Zeitpunkt zu wenig. Theoretisch kann ich es nicht ausschließen. Ich würde aber keinen 1:1-Vergleich zu unserer Auseinandersetzung mit dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk ziehen. Sie hatten das vorher gesagt. Da geht es um ganz andere Dimensionen. Es geht um Gebührengelder in Milliardenhöhe, die unter anderem dafür eingesetzt werden, textlastige Angebote im Internet zu finanzieren, die frei abrufbar sind und in unmittelbarem Wettbewerb zu Verlagsprodukten im Internet stehen.

Diese machen es den Verlagen in Zukunft schwer, auf digitalen Verbreitungswegen Geld zu verdienen. Ich hoffe, es ist Ihnen bekannt. Trotzdem weise ich noch einmal auf diesen Punkt hin. Das ist ein Punkt, der von der Politik wünschenswerterweise zu berücksichtigen ist, wenn es um Rahmenbedingungen geht. Ich glaube nicht, dass Sie mit diesem initiativfinanzierten und steuerprivilegierten Journalismus die Rahmenbedingungen für Verlage schaffen, die letztlich erforderlich sind, damit Verlage ihr Geschäftsmodell auch künftig erfolgreich weiterführen können. Was dafür erforderlich ist, habe ich in meinen ersten Einlassungen deutlich gemacht. – Vielen Dank.

Vorsitzender Karl Schultheis: Vielen Dank, Herr Dicks. – Selbstverständlich greifen die Themenbereiche ineinander über. Insofern wird es weitere Anhörungen geben, in denen wir die von Ihnen angesprochenen Aspekte weiter vertiefen können. – Herr Röper hat jetzt das Wort.

Horst Röper (FORMATT-Institut): Ich bin zum US-Medienmarkt gefragt worden. Gleichzeitig hatte Herr Keymis in der Fragestellung schon einen Teil der Antwort gegeben.

Worin bestehen die großen Unterschiede zwischen dem hiesigen Medienmarkt und den in den USA? Der öffentlich-rechtliche Rundfunk spielt in den USA in der Tat nur eine sehr begrenzte Rolle. Public Boardcasting hat nur ein Nischendasein. Das ist hier ganz anders. Zumal wenn es um die nationale beziehungsweise internationale Berichterstattung geht, spielen ARD und ZDF sowohl im Hörfunk als auch im Fernsehen eine ganz andere Rolle als man es in den USA kennt.

Der Rundfunkbereich ist in Amerika viel weiter ausgebaut als hierzulande, und zwar auch und gerade im Lokalen. Was hier in den 80er Jahren schon geplant worden ist, nämlich den Rundfunk auch im lokalen Bereich zu entwickeln, ist weitgehend fehlgeschlagen. Wir haben es in Nordrhein-Westfalen ein wenig im Hörfunkbereich und im

Fernsehbereich – von einzelnen Städten abgesehen – fast gar nicht. In Amerika ist das gänzlich anders. Insofern gibt es eine gänzlich andere Ausstattung für den Lokaljournalismus im Gesamtbereich Medien über den Rundfunkbereich.

Die Zeitungslandschaft in den USA ist sicherlich an vielen Stellen eine viel ärmere als die hiesige. Wir kennen Regionen, in denen es überhaupt keine tägliche, sondern allenfalls noch eine wöchentliche lokale Berichterstattung gibt. Ähnlich ist es inzwischen zum Teil schon in Großbritannien. Die Unterschiede sind gewichtig. Wir kennen hier die Lokalberichterstattung im Wesentlichen nach wie vor über das Printmedium Tageszeitung oder – beim bimedialen Arbeiten, was heute jeder Zeitungsverlag macht – über das Internet. Wenn es um lokalen Journalismus geht, stammen diese Angebote in der Regel von Zeitungsredaktionen, weil diese redaktionellen Leistungen. Das ist zumindest dann der Fall, wenn es größere Redaktionen sind und nicht der von Herrn Schraven genannte Einzelkämpfer. Das ist aus dem Internet heraus und mit den dort getätigten Umsätzen nicht zu finanzieren.

Unabhängigkeit war ein Stichwort. Wir haben hierzulande schon vor einigen Jahren mehrfach das leuchtende Beispiel ProPublica aus den USA gehört, weil deren journalistischen Leistungen mehrfach preisgekrönt worden sind. ProPublica arbeitet ausschließlich stiftungsfinanziert. ProPublica hat das Glück, es in der Tat mit Altruisten zu tun zu haben, die diese Leistungen ermöglichen. Eines ist nicht gelungen, was die Stifter selbst wollten. Es ist nicht gelungen, diese Leistungen auf mehrere Schultern zu verteilen. Das ist im Wesentlichen nicht gelungen. Sie hängen immer noch von einem Stifter ab. Diesen Stiftern kann man vertrauen. Bei allen Aussagen, die wir auch von ProPublica selbst gehört haben, gibt es keine Abhängigkeiten. Wir würden Unabhängigkeit konstatieren. Das würde ich bei einem solchen Unterfangen wie CORRECT!V auch annehmen.

Ein Unterfangen wird für einen bestimmten Zeitraum gefördert. Innerhalb dieses Zeitraums ist man vielleicht unabhängig. Wenn es bei einem Stifter bleibt, gibt es spätestens dann eine Abhängigkeit, wenn es zu vertraglichen Verlängerungen kommt. Mit dieser Eingrenzung werden wir leben müssen, wenn es nicht gelingt, diese Stiftungsgelder auf viele Quellen zu verteilen und Abhängigkeit zu minimieren. Sehen wir uns den heutigen Journalismus an. Haben wir diese vermeintliche Unabhängigkeit, die wir immer predigen? Ich denke, wir haben sie nicht. Herr Hüser, Ihre Analyse ist in dem Punkt nicht so zutreffend. Wir haben natürlich seit eh und je die Abhängigkeit bei allen werbefinanzierten Medien. Das reicht bis hin zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Schauen Sie sich das Programm bei ARD und ZDF zwischen 18 und 20 Uhr an, wenn sie Werbung senden. Das sehr spezifische Programm ist entstanden, weil man in dieser Zeit von Werbung abhängig ist. Das gilt nicht nur für kommerzielle Medien. Ich will das ausdrücklich betonen.

Wir haben natürlich Abhängigkeiten vom Verleger, vom Eigner. Die Redaktion ist doch nicht unabhängig von diesem Eigner. Natürlich greifen Eigner immer wieder in die Redaktionen ein, wenn sie ihre wirtschaftlichen Interessen, zum Teil aber auch, wenn sie ihre eigenen publizistischen Interessen bedroht sehen. Unabhängigkeit ist etwas sehr Instabiles und in dieser stringenten Form sicher auch bei uns derzeit nicht gegeben.

Ich erinnere nur an die aktuelle Debatte über die *Süddeutsche Zeitung*. Es ist ein sehr angesehenes journalistisches Organ. Jetzt wird erkennbar, dass man dort den Werbeinteressenten zum Nutzen redaktionell-journalistisch gearbeitet hat, und das nicht erst in der Krise, sondern seit vielen Jahren. In der jetzigen Finanzierungs Krise des Journalismus werden diese Abhängigkeiten noch viel deutlicher. Natürlich müssen wir davon ausgehen, dass einzelne Medien in der Krise noch viel eher diesen Verlockungen unterliegen. Letztlich gilt das natürlich auch für den Journalisten selbst. Auch darauf möchte ich hinweisen. Es hat in der Branche und bei Außenstehenden immer Einigkeit darüber gegeben, dass eine bestimmte Finanzierung des Journalismus und des Redakteurs gegeben sein muss, um unabhängig zu bleiben. Wenn diese Grundlagen nicht gegeben sind, ist die Gefahr der Beeinträchtigung der Unabhängigkeit größer. Zumal bei der heutigen Bezahlung freier Journalisten. Sie müssen in prekären Verhältnissen arbeiten. Natürlich ist die Gefahr groß, dass ihre Unabhängigkeit im Einzelfall nicht mehr gegeben ist.

Zusammengefasst glaube ich: Wesentlich und wichtig ist, dieses Stiftungsmodell so gestalten zu können, dass viele Quellen das einzelne journalistische Unterfangen stützen, um keine Abhängigkeiten von einzelnen Stiftern aufkommen zu lassen. Ich mache es nicht an CORRECT!V fest. Ich bin sicher, wir würden es nicht finanziert bekommen, wenn wir vom FORMATT-Institut den Antrag bei der Brost-Stiftung stellen würden: Wir möchten aufarbeiten, welchen Einfluss der WAZ-Konzern in Nordrhein-Westfalen auf die Vernichtung der Zeitungsvielfalt in speziellen Jahren und unter spezieller Führung einzelner Verleger hatte.

Stiftungen werden nicht für alle Rechercheleistungen zahlen. Stiftungen sind nicht die Lösung, um alle Finanzierungsprobleme im Journalismus auszuschließen. Aber sie können sie lindern. Herr Nückel hat es gesagt. Ich fand dieses Verb sehr richtig.

Vorsitzender Karl Schultheis: Vielen Dank, Herr Röper. – Es wäre in der Tat interessant zu erörtern, ob die letzte Fragestellung gefördert würde. – Ich gebe das Wort an Herrn Schraven zu einer Klarstellung. Anschließend spricht Herr Bartsch.

David Schraven (CORRECT!V – Recherchen für die Gesellschaft gGmbH): ProPublica hat mittlerweile eine 50-prozentige Finanzierung durch weitere Stifter und Geldgeber. Sie sammeln mittlerweile namhafte Millionenbeträge aus einzelnen Spenden. Daneben gibt es so etwas wie Mother Jones mit weit über 200 000 Einzelspendern und -stiftern. Das gemeinnützige Büro Mother Jones gibt es mittlerweile seit über 30 Jahren. Deren deutsche Chefredakteurin Monika Bäuerlein ist Mitglied in unserem Ethikrat.

Uns unterstützen mittlerweile neben der Brost-Stiftung die Schöpflin Stiftung und die Rudolf Augstein Stiftung. Sie haben uns schon mehrere Hunderttausend Euro zugesagt. Man hat nicht nur einen Stifter. Man fängt mit einem an und diversifiziert dann.

Günter Bartsch (Geschäftsführer netzwerk recherche e. V.): Was das Thema Unabhängigkeit angeht, kann ich im Grunde nur unterstreichen, was meine Vorredner gesagt haben. Ich könnte Ihnen erzählen, welche Eingriffe in Texte ich als Re-

dakteur bei einer großen Tageszeitung manchmal erleben beziehungsweise abwehren musste. Natürlich sind auch die Verlage nicht komplett davor gefeit.

Zu den Großspenden: Ich hatte vorhin erwähnt, vom Investigative News Network haben wir diese Transparenzvorgabe in unseren Aufruf übernommen, jeden Spender ab 1 000 € pro namentlich auf der Web-Seite ausweist. Das ist eine der Voraussetzungen, um im Investigative News Network Mitglied zu sein. Wer sich daran nicht hält, kann dort kein Mitglied sein. Es gibt aber gewissen Ausnahmemöglichkeiten: Man muss gegenüber der Initiative nachweisen, dass kein Einfluss genommen wird.

Herr Keymis meinte, Unabhängigkeit lasse sich nicht durch diese Transparenz allein gewährleisten. Ich glaube auch nicht, dass dies allein die Möglichkeit bietet. Konstruktionen wie der Ethikrat und so weiter können dazu beitragen. Transparenz ist aber ein ganz wichtiger Pfeiler dafür. Nehmen wir ein fiktives Beispiel: Monsanto finanziert ein Recherchebüro. Dieses fängt an, ganz toll über das Saatgut von Monsanto zu berichten und die tollen Fortschritte im sozialen Bereich darzustellen. – Jedem Leser könnte dieser Zusammenhang auffallen. Es gibt subtilere Beispiele. Aber es ist eine Möglichkeit, um dem Problem Herr zu werden.

Herr Schwerd hatte nach der Transparenzverpflichtung gefragt. Netzwerk recherche setzt sich allgemein für Auskunftsrechte und Informationsfreiheit ein. Wir haben schon vor ein paar Jahren auf einer Presserechtagung gefordert, die Auskunftsansprüche auf gemeinnützige Organisationen auszudehnen. Ich glaube nicht, dass alles im Detail geregelt werden muss. Aber das Prinzip sollte aus unserer Sicht so sein.

Lassen Sie mich noch eine Sache zur Konkurrenz anführen. Es kam in verschiedenen Fragen vor. Man kann dazu drei Punkte sagen.

Die Arten der Finanzierung sind sehr unterschiedlich. Das Geld kommt also nicht generell, aber meistens aus unterschiedlichen Quellen. Tageszeitungen bekommen keine Spenden. Wenn es in einem Stadtteil eine funktionierende Lokalberichterstattung gibt, kommt niemand auf die Idee, Lokalblogs ins Leben zu rufen. Wenn es keinen Markt dafür gibt, weil alles gut funktioniert, wird das gar nicht passieren. Es ist kein Zufall, dass sich nun als Folge der Krise solche Blogs und Online-Zeitungen gründen. Selbst wenn es eine Konkurrenzsituation gäbe, wäre das ist nicht per se ein Nachteil für die Qualität der Produkte. Es könnte für die Qualität der Lokalzeitung durchaus positive Wirkungen haben. In der Realität kommt das aber gar nicht häufig vor, glaube ich. – Alle anderen Fragen wurden schon beantwortet, wenn ich das richtig mitbekommen habe.

Dr. Anja Zimmer (Deutscher Journalisten-Verband NRW): Ich wurde nach der Unabhängigkeit gefragt. Es wird in der Tat das Entscheidende sein, zu versuchen, Unabhängigkeit zu erreichen. Letztlich wird das schwierig sein. Das muss man ganz offen sagen. Der eine große Block ist natürlich die Transparenz. Das bedeutet, man muss offenlegen, wer stiftet und wie viel gestiftet wird. Man muss auf Fragen antworten. Das löst aber nicht das Problem, dass sich David Schraven am Ende der Finanzierung fragen wird, ob die Brost-Stiftung wohl weitermacht. Keine Transparenz wird

diese Frage lösen. Deswegen ist es wichtig, verschiedene Formen der Finanzierung in gemeinnützigen Unternehmen zu ermöglichen. Wichtig ist, dass es neben einem großen Stifter weitere Möglichkeiten gibt, eigenes Geld zu erwirtschaften. Das ist aus der Stellungnahme der Hochschule Bonn angesprochen worden.

Der beste Schutz vor Eingriffen ist der Wettbewerb. Das muss man ganz klar sagen. Wo es vielfältige Angebote gibt, entscheidet der Stifter, wofür er Geld stiftet. Im Ergebnis wird er für unabhängige Portale sicherlich mehr stiften als für welche, bei denen er das Gefühl hat, dass man ihm ein Waschmittel verkaufen möchte. So ist es im Übrigen auch in der Tagespresse.

Man muss dennoch versuchen, Organisationsstrukturen einziehen, die das verhindern. David Schraven hat das durch die Schaffung eines Programmbeirats freiwillig gemacht. Man wird sich überlegen müssen, ob man solche Organisationsstrukturen nicht finden und für bestimmte Finanzierungsformen vorgeben kann.

Ich wurde außerdem zur Konvergenzvielfalt und der Definition der Presseerzeugnisse gefragt. Vielfalt vor Ort hängt nicht nur an der täglichen Printzeitung. Man muss sich alles anschauen. Man muss sich Blogs und den Rundfunk anschauen. Wenn man ganz ehrlich ist, führt das derzeit noch nicht zu einer echten Wettbewerbssituation.

Was die Tageszeitung im Moment macht, kann im Lokalfunk nicht aufgefangen werden. Der Lokalfunk kann das mit seinen fünf bis zehn Mitarbeitern einfach von den Kapazitäten her nicht komplett leisten. Er hat auch nur bestimmte Programmminuten, die das auffangen können. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk darf das nicht auffangen. Er darf bekanntermaßen nicht lokal, sondern muss mindestens regional tätig sein. Das heißt, wir müssen überlegen, wie wir diese Vielfalt erreichen. Das liegt im Argen. Man wird sich überlegen müssen, was man macht. Natürlich ist das, was man anbietet, ein Konkurrenzangebot.

Der Entwurf scheint in die Richtung zu gehen, dass nur bestimmte Vorarbeiten privilegiert sein sollen. Das wird aus unserer Sicht nicht reichen, um Vielfalt zu erzielen. Es reicht mir nicht, eine Agentur zu haben, die ihr Recherchiertes der örtlichen Tageszeitung anbietet. Damit haben wir noch keine Vielfalt erreicht.

Vielfach wird angesprochen, in bestimmten Bereichen ist die Berichterstattung vor Ort schon weggefallen. Wir streben eigentlich nicht an, in solchen Bereichen zu schauen, ob man ein bisschen gemeinnützig auffangen könnte. Wir streben eigentlich Vielfalt und Wettbewerb an. Wir möchten Wettbewerb in den Regionen erreichen, in denen es eine Tageszeitung gibt. Diese informiert den einen Stadtteil vielleicht etwas mehr und den anderen etwas weniger und gewichtet bestimmte Sachen zum Beispiel aufgrund der politischen Farbe des Verlegers so und nicht anders. Wettbewerb kann man nur erreichen, wenn das Angebot in ein Produkt münden darf, zum Beispiel in einer Internetseite. Das ist mir derzeit noch zu kurz gesprungen. Man wird fragen müssen, inwieweit es sich um Konkurrenz handelt, die in bestimmten Grenzen das Geschäft belebt, aber nicht dazu führen darf, die Tageszeitung in ihrer Existenz weiter zu bedrohen. Man muss darüber nachdenken, wie man das hinbekommt.

Ein letzter Satz zum Begriff der Presseerzeugnisse: Darüber, was ein Presseerzeugnis ist, lassen sich Bände füllen. Das Verfassungsgericht spricht häufig von periodischer Presse und Rundfunk, manchmal auch nur von Presseerzeugnissen. Das Urheberrecht hat dazu in § 87 f eine neue fünf Zeilen lange Definition aufgenommen. Die möchte ich Ihnen ersparen. Der Begriff ist mir nicht ganz klar. Je nachdem, wie er ausgelegt würde, kann man ihn insgesamt als ein publizistisches Produkt auslegen oder im Sinne der Print- und Onlinepresse. Deshalb wünsche ich mir, dass man zur Klarstellung von Presseerzeugnissen und Rundfunk spricht. Damit ist auf jeden Fall beides umfasst.

Vorsitzender Karl Schultheis: Vielen Dank, Frau Dr. Zimmer. – Es gibt noch eine kurze Nachfrage des Kollegen Vogt.

Alexander Vogt (SPD): Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Herr Schraven, CORRECTIV ist das große Beispiel, welches als Vorbild für andere Projekte dienen könnte. Herr Bartsch hatte gerade über die Veröffentlichung von Spendern gesprochen und einen Betrag von 1 000 € genannt. Mich interessiert, ob es solche Regelungen auch bei Ihnen gibt.

Sie hatten gerade einen Ethikrat angesprochen, den Sie bei sich installiert haben. Können Sie uns darüber informieren, wie er sich zusammensetzt, wie er berufen wird und welchen Einfluss der Ethikrat auf die Redaktion hat?

David Schraven (CORRECTIV – Recherchen für die Gesellschaft gGmbH): Wir haben die Transparenzregelung voll unterschrieben. Wir haben jetzt den ersten Jahresabschluss fertig. Er wird nach der Aufsichtsratssitzung in den nächsten Tagen veröffentlicht. Darin sind alle Spender aufgelistet, die mehr als 1 000 € gegeben haben. Dahinter stehen wir. Wir veröffentlichen alles. Bei den Kleinspendern ist es irgendwann sinnlos. Das lassen wir. Ich finde, die 1 000-€-Grenze ist ein probates Mittel. Die finde ich sehr gut.

Den Ethikrat haben wir zusammengestellt. Es dauert ziemlich lange, bis man geeignete Leute zusammengesucht hat. Wir haben jetzt 14 oder 15 Leute, die wir Mitte März vorstellen werden. Dann wird sich der Ethikrat das erste Mal treffen. Es sind Leute wie Monika Bäuerlein von Mother Jones dabei. Sheila Coronel aus den USA, Cordt Schnibben ist noch dabei. Ihn wird vielleicht der eine oder andere kennen. Jochen Wegner kennt vielleicht auch der eine oder andere. Es sind Leute, die mit Journalismus zu tun haben. Peter Schaar ist im Ethikrat. Es sind Leute dabei, die sich mit dem Thema und mit Transparenz auskennen. In unserem Aufsichtsrat ist auch die ehemalige Präsidentin des Bundesrechnungshofs Hedda von Wedel Mitglied.

Was ist deren Aufgabe? Wenn ich als inhaltlicher Leiter von einem solchen Institut merke, ich habe Mist gebaut, muss ich einen Tadel bekommen. Dann muss einer sagen können: Kollege Schraven, das war nichts. – Geschieht das im Verhältnis vom Chef zum Untergebenen, wird es für den Untergebenen schwer; er wird gegebenenfalls Angst haben. Habe ich aber ein Gremium mit Leuten, die sich in der Branche auskennen, können sie einen solchen Tadel aussprechen.

Für mich ist das Wichtigste, ich benötige ein Gremium mit Leuten, die sich in der Branche auskennen und die Mechanismen kennen. Wenn ich richtigen Unfug baue und zum Beispiel irgendwelche Leute abhöre oder Computer anzapfe, muss mir das Gremium sagen: David, Du hast die Grenzen absolut überschritten. Es gibt es nur einen Weg. Du gehst hinaus. – Dann muss ich keine Kündigung zu schreiben. Ich brauche diese Ablehnung. Würde mir der Ethikrat den Rücken zukehren, wäre das Signal, was ich bräuchte, um zu sagen: Ich muss kündigen. – In einem solchen Fall wäre die Organisation selbst überlebensfähig. Ein Ethikrat könnte sagen: Wir kümmern uns darum, Ersatz für David zu finden. Wir kümmern uns um neue Überwachungsmechanismen oder was auch immer. Sie können das beurteilen und mich sozial „erledigen“.

Vorsitzender Karl Schultheis: Vielen Dank, Herr Schraven. – Gibt es weitere Nachfragen an die Sachverständigen? – Das ist nicht der Fall. Ich darf mich recht herzlich bei den Sachverständigen für ihre wertvollen Beiträge bedanken.

Das Protokoll wird zu gegebener Zeit im Internetangebot des Landtages verfügbar sein. Der Ausschuss wird sich bei seinen weiteren Beratungen selbstverständlich mit den Ergebnissen dieser Anhörung befassen. Aus meiner Sicht werden die Fragen der Finanzierung – Steuerrecht, Gemeinnützigkeitsrecht – eine ganz wichtige Rolle spielen.

Herzlichen Dank und einen guten Nachhauseweg. Herrn Staatssekretär Dr. Eumann wünsche ich weiterhin einen schönen Geburtstag. – Ich schließe die Sitzung.

gez. Karl Schultheis
Vorsitzender

09.03.2015/11.03.2015

160